

Mit Mut, Visionen und Zuversicht: Ganz München im Blick

Koalitionsvereinbarung für die Stadtratsperiode 2020 –2026

(Auszug)

zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter, den Münchner Parteien SPD und Die Grünen, der Stadtratsfraktion Die Grünen –Rosa Liste und der Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt.

II. Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Mieter*innenschutz

....

Darüber hinaus vereinbaren wir:

...

- Alle Grünflächen, die wir vor Bebauung schützen wollen, werden flächenmäßig noch 2020 bilanziert. Die bilanzierte Fläche wird erhalten, weder bebaut noch für andere Infrastrukturmaßnahmen verwendet. 1)
- Erweiterung und dauerhaft rechtliche Sicherung der regionalen wie städtischen Grünzüge und Kaltluftschneisen auf Basis unabhängiger Gutachten. **Das Hachinger Tal im Südosten Münchens wird von weiterer Bebauung freigehalten**, die Planungen zur Südanbindung Perlach (SAP) sofort eingestellt.
- Frühzeitige naturschutzfachliche Beratung von Planungsvorhaben durch entsprechende Verbände und Initiativen.
- Einrichtung eines städtischen Grünflächen- und Naturschutzfonds als Teil des Klimaschutzfonds für Kartierung, Pflege, Monitoring und Kauf von Flächen mit naturschutzfachlicher Bedeutung.

....

1) Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Mieter*innen-Schutz

Alle Wälder, Grünflächen, Parkanlagen, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile, Ausgleichsflächen, Regionale Grünzüge, Städtische Grünzüge, Flächen mit altem Baumbestand in München werden flächenmäßig noch 2020 bilanziert. Die bilanzierte Fläche wird erhalten, weder bebaut noch für andere Infrastrukturmaßnahmen verwendet. Wird eine Fläche trotzdem bebaut, muss an anderer Stelle im Stadtgebiet diese Fläche in der gleichen oder sogar höheren Wertigkeit wieder entstehen. Das gilt für Grün- und Ackerflächen (auch in Grünzügen). Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, alle Flächen, die schwierig wiederhergestellt werden können (Moore, Feuchtgebiete und Wälder), Flächen mit altem Baumbestand, Grünzüge und alle Wälder müssen nicht nur in der Fläche, sondern auch in der Lage erhalten werden.

III. Gesunde Umwelt, intakte Natur, Klimaschutz

...

Grünflächen, Artenschutz und der Erhalt des Baumbestands werden in Zukunft bei Stadt- und Bauplanungen von Anfang an eine größere Rolle spielen. Die Flächenkulisse Biodiversität werden wir beschleunigen. Jeder Eingriff in das öffentliche Grün erfolgt unter Berücksichtigung der Biodiversitätsstrategie. Bestehende Biotope werden wir schützen, um neue Biotope zu schaffen werden künftig mehr Flächen angekauft, insbesondere auch noch nicht entmunitionierte Flächen (Virginia Depot). Nach Hamburger Vorbild werden wir Biotopverbundsachen voranbringen, Frischluftschneisen (Klimafunktionskarte) erhalten; Naturschutzgebietsausweisungen sollen beschleunigt werden. Bei der Neugestaltung von Grünflächen und der Pflege der städtischen Grünanlagen wird künftig mehr auf Biodiversität geachtet. Durch die Weiterentwicklung des Begrünungsbüros zu einem Fachbüro für Klimaanpassung und Bürgerbeteiligung sollen künftig klimatische Veränderungseffekte und die Einbindung von Bürger*innen verstärkt berücksichtigt werden. Für einen ausreichenden Baumschutz erstellen wir ein Baumkataster. Zur Ablöse von Baurecht von Bäumen, die über 100 Jahre alt sind, richten wir einen Entschädigungsfond ein. Durch einen Masterplan für das Grünvolumen wird künftig bei Substituierung nicht mehr die Baumanzahl aufgerechnet, sondern das jeweilige Baumvolumen. Bei privaten Baumfällungen drehen wir das Prinzip der Beweislast um: Fällungen werden nur mit Kautions genehmigt, die bei erfolgreicher Nachpflanzung rückgezahlt wird. Zur Stärkung des Baumschutzes wird die Verwaltung mit dem entsprechenden Personal und ausreichenden Befugnissen ausgestattet.

...

XIII. Beteiligung ermöglichen und Demokratie stärken.

Wir fördern die Gestaltung und den Ausbau demokratischer Beteiligung in München. Die Formen der Teilhabe werden unterschiedlicher, kurzfristiger und verändern sich immer weiter. Das Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe und politischer Mitbestimmung in ihrer Stadt nimmt immer weiter zu. Für uns gilt der Grundsatz „Allgemeinwohl vor Partikularinteressen“. Wir werdenden Abwägungsprozess, der politischen Entscheidungen vorausgeht, transparent darstellen und Konflikte vor Ort moderieren. Wir stehen für repräsentative Beteiligungsformen und zur aktiven Zivilgesellschaft, deren Rat und Kompetenz wir noch stärker nutzen werden.